

L1-Beschlussneu Demokratie statt autoritärer Umbau! - Ändern wir die Welt, bevor es andere tun.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

Antragstext

14 **1. Rechtsruck und Widerstand**

15 Politik kann die Welt verändern. Während die letzten Jahre von mangelndem
16 politischen Interesse geprägt waren, erleben wir aktuell eine gesellschaftliche
17 Polarisierung. Der Zuspruch zur demobilisierenden Stillstandspolitik der Großen
18 Koalition sinkt. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit mit dem
19 jahrzehntelangen Sozialstaatsabbau und der neoliberalen Deregulierungspolitik,
20 also dem Rückzug des Staates und der Übernahme durch privatwirtschaftlichen
21 Unternehmen in Bildung und Infrastruktur. Denn: die Schere zwischen Arm und
22 Reich klafft immer weiter auseinander. Laut dem Institut Deutscher
23 Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des
24 gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Einkommen aus
25 Vermögen wachsen schneller als die gesamte Wirtschaft, während die realen
26 Einkommen der ärmsten 40% der Gesellschaft - trotz Wirtschaftswachstum,
27 technologischem Fortschritt und "Beschäftigungswunder" etwa auf dem Niveau zu
28 Zeiten der Wiedervereinigung stagnieren. Befristete oder unsichere
29 Jobverhältnisse, Einkommen die zwar keine absolute Armut bedeuten aber auch
30 keine größeren Anschaffungen und Investitionen zulassen, strukturschwache
31 Regionen mit wenig öffentlichen Angeboten - all das nimmt vielen Menschen ein
32 sinnstiftendes Narrativ für ihr Leben. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA
33 werden in Hinterzimmern ausgehandelt und sehen vor, die demokratische Kontrolle
34 einzuschränken und Konzernen mehr Macht als der Allgemeinheit einzuräumen.
35 Dreckiger Kohlestrom wird weiter gefördert und das Abbaggern ganzer Dörfer
36 schreitet ungebremst voran. Angela Merkel hat es mit der Entpolitisierung und
37 Demobilisierung auf die Spitze getrieben: ihre Entscheidungen wurden nicht
38 politisch begründet, sondern als alternativlos dargestellt. Das Verständnis von
39 Politik als kleinteiliger Aushandlungsprozess unter Expert*innen, die sich
40 sowieso den ökonomischen Zwängen zu unterwerfen haben, demobilisierte und
41 erzeugte den Eindruck, die Stimme der*des Einzelnen könne ohnehin nichts ändern.

42 Abstiegsängste und die Frustration und Ohnmachtsgefühle über diese
43 Ungerechtigkeiten äußern sich häufig mehr in rassistischer Ausgrenzung, als in
44 progressiver Systemkritik. Europas Neue Rechte und Parteien wie die AfD, der
45 Front National oder die FPÖ konnten die gestiegene Anzahl derer, die in Europa
46 als Geflüchtete Schutz suchen, für ihre rassistische Hetze und nationalistische
47 Propaganda erfolgreich instrumentalisieren. Sie verschieben durch gezielte
48 Tabubrüche und Provokationen den politischen Diskurs nach rechts. Viele
49 Politiker*innen der so genannten etablierten Parteien haben statt mit
50 progressiven, antirassistischen Statements, mit nationalistischen Sprüchen, Law-
51 And-Order-Rhetorik, und Entrechtungsforderungen gegenüber Asylsuchenden auf
52 diesen Diskurs reagiert. Sie versuchten, aus dem Rechtsruck Kapital zu schlagen

53 und haben die Grenzen des Sagbaren damit selbst nach rechts bewegt. Natürlich
54 kann man der AfD nicht das Wasser abgraben, indem man ihre Positionen aufgreift,
55 aufwertet und bestätigt. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu positiver
56 Veränderung und Standhaftigkeit bei der Verteidigung von grundlegenden
57 demokratischen Prinzipien und beim Schutz von Menschenrechten. Gerade jetzt.

58 Die autoritären Kräfte der neuen Rechten mobilisieren durch eine diffuse
59 Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation, sie schüren Ängste und liefern
60 keinerlei Lösungsansätze für die Probleme, vor welchen wir stehen. Ganz im
61 Gegenteil: Sie verstärken bestehende Ausbeutungsverhältnisse noch und treiben
62 die Gesellschaft weiter auseinander.

63 Viele Menschen merken, dass der Rechtsruck eine Bedrohung für die Demokratie
64 und eine friedliche Zukunft ist. Deshalb erfahren auch proeuropäische,
65 feministische und antirassistische Bewegungen und linkere Parteien einen
66 größeren Zulauf. Das progressive Potenzial, das die aktuelle Repolitisierung
67 mit sich bringt, wollen wir stärken und nutzen - nicht nur um den Status Quo
68 gegen Schlimmeres zu verteidigen, sondern um für positive Veränderung zu
69 werben.

70 Der anstehende Wahlkampf und die derzeitige Polarisierung bieten uns die
71 Möglichkeit, Menschen mit progressiven grünen Inhalten zu erreichen, die noch
72 nicht politisch aktiv oder festgelegt sind. Gerade viele junge Menschen zeigen
73 in diesen Zeiten ein gesteigertes Interesse an Politik. Wir dürfen die Kritik
74 an aktuellen Missständen nicht den Rechten überlassen. Denn wir haben die
75 Visionen für eine bessere Zukunft, die vernünftigen Argumente und wir setzen
76 uns für ein solidarisches Miteinander ein. Wir wollen das gute Leben nicht nur
77 für ein paar wenige, sondern für alle möglich machen. Um langfristig etwas zu
78 verändern, müssen wir als Verband wachsen, viele Menschen politisieren und
79 ihnen Möglichkeiten zum politischen Handeln bieten.

80 **2. Wo steht die politische Linke?**

81 Die politische Linke leidet unter Depolitisierung. Auch das ist eine Ursache
82 dafür, dass die Neue Rechte aktuell so erfolgreich ist. Manche Konservative
83 führen den aktuellen Erfolg der Neuen Rechten auf den gesellschaftlichen
84 Überdruß mit einer Vorherrschaft linker Ideen - also einer linken Hegemonie -
85 zurück. Sie werfen den progressiven Kräften vor, dass sie die Gesellschaft mit
86 ihrem Veränderungswillen überforderten, dass linke Politik und linke Ideen an
87 ihrem eigenen Erfolg zu Grunde gingen. Sie verbuchen gesellschaftliche
88 Liberalisierung, die vor allem durch den Einfluss der Grünen stattgefunden hat,
89 als Realisierung einer linken Utopie, gegen die sich nun angesichts der
90 „wirklichen Probleme“ Unzufriedenheit hegt. Dabei wird komplett ausgeblendet,
91 dass Privatisierung, Kürzungen von Leistungen, Rückbau des Sozialstaats und
92 Priorisierung wirtschaftlicher Begründungen vor politischen Argumenten die
93 Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt haben. Diese Dominanz lässt sich durch
94 eine neoliberale Hegemonie erklären: Liberale Grundwerte des unregulierten
95 Marktes treffen auf aktive Eingriffe eines starken Staates, der vor allem im
96 Interesse und zur Stabilisierung der Märkte auftritt. Die neoliberalen Ideale
97 der Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für gesellschaftspolitische
98 Entwicklungen massiv prägen, wurden durch linke Politik der vergangenen
99 Jahrzehnte nie existenziell bedroht - im Gegenteil, zahlreiche linke Parteien
100 beteiligten sich an deren Umsetzung, was bis heute zu einem nachhaltigen

101 Vertrauensverlust an neuen wirtschaftspolitischen Konzepten durch progressive
102 Parteien beiträgt. Auch deshalb sind Bemühungen gescheitert, grundlegende
103 Probleme zu lösen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Am
104 Beispiel des Kampfs gegen die Klimakrise zeigt sich: Veränderungen alleinig
105 innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel durch
106 Zertifikatehandel und Selbstverpflichtungen von Unternehmen, werden der
107 Dringlichkeit des Problems nicht gerecht. Erst die nun aufkeimenden Zweifel am
108 nicht eingelösten Glücksversprechen vom Aufstieg durch Leistung und vom
109 Wohlstand für alle, stellen die neoliberal-konservativen wirtschaftspolitischen
110 Werte in Frage.

111 Unsere Aufgabe als emanzipatorischer Jugendverband ist es, den autoritären
112 Kräften eine Vision der positiven Veränderung entgegen zu setzen.

113 Wir dürfen uns nicht mit neoliberalen Phrasen von Chancengleichheit zufrieden
114 geben. Allein die gleiche Chance für jede*n, beim kapitalistischen Glücksspiel
115 vielleicht als Gewinner*in herauszukommen, ist kein Ziel einer emanzipatorischen
116 Linken, die wirkliche Gleichberechtigung für alle einfordert.

117 Wir stellen uns entschieden gegen Abschottung und Nationalismus. Forderungen
118 nach einem Zurück ins nationale Klein-Klein werden die soziale Schieflage der
119 Globalisierung nicht korrigieren, sondern einen Teufelskreis hervorrufen und zu
120 noch mehr Wettbewerbsdruck zwischen Nationalstaaten führen. Daraus abzuleiten,
121 dass eine weitere Liberalisierung und eine weiter unzureichend regulierte
122 Globalisierung das richtige Rezept gegen Nationalismus und Protektionismus
123 wären, ist ein Irrweg.

124 Neoliberale Antworten auf den autoritären Umbau erkaufen nur Zeit, sie bieten
125 aber keinen Schutz vor einem weiteren Rechtsruck. Links-liberale
126 Hoffnungsträger*innen wie Hillary Clinton in den USA, der kanadische
127 Premierminister Justin Trudeau oder der französische Präsidentschaftskandidat
128 Emmanuel Macron werden oftmals als entscheidende Kämpfer*innen gegen Rechts
129 gefeiert. Sie stehen für Europa und gegen den autoritären Umbau, gegen
130 Protektionismus, für Vielfalt und Weltoffenheit. Doch bei allem Richtigen und
131 Wichtigen, das sie fordern und umsetzen stehen sie auch für eine neoliberale
132 Wirtschaftspolitik, für das Leistungsprinzip und Wettbewerbsfähigkeit und damit
133 für den Erhalt sozialer Ungleichheit. Gleichwohl sie angesichts der
134 unmittelbaren Bedrohung von Rechtsaußen Bündnispartner*innen gegen die
135 Verschlechterung des Status Quo sind, werden sie an der Ungerechtigkeit und der
136 Unzufriedenheit, die dieses System hervorbringt langfristig scheitern und damit
137 den Nährboden der autoritären Kräfte nicht austrocknen.

138 Leider muss eine Kritik am Rückbau des Sozialstaats auch immer auf Parteien
139 zielen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden und die Aushöhlung der
140 Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten mitgetragen oder sogar aktiv
141 vorangetrieben haben und sich mit Liberalisierung im gesellschaftspolitischen
142 Bereich weitgehend zufrieden gaben. Politische Reformen, die bestimmte
143 gesellschaftliche Bereiche offener gestaltet haben und im Ansatz emanzipatorisch
144 waren, gingen mit einer häufig unkritischen, überstürzten und meist auf
145 nationale Standortvorteile bedachten Liberalisierung wirtschaftlicher Strukturen
146 einher. Letztere legte mit deregulierten Finanzmärkten den Grundstein für die
147 Finanzkrise und schuf neue Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Von
148 Präsident Bill Clinton in den USA über Tony Blair in Großbritannien mit seiner

149 New Labour bis hin zur Agenda 2010 in Deutschland - eingeführt von einer rot-
150 grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder - linke Parteien haben sich auf
151 linke Politik im gesellschaftspolitischen Bereich konzentriert und neoliberal-
152 konservative Politik im ökonomischen Bereich betrieben.

153 Die meisten linken Parteien haben sich von der ursprünglichen Anbindung an
154 soziale Bewegungen entfernt und haben ihren Arbeitsschwerpunkt im
155 parlamentarischen Alltagsgeschehen. Das mangelnde Vertrauen der Menschen in
156 Politiker*innen und Parteien geht auch auf die zum Teil eher verwaltend
157 angelegte Ausrichtung des parteipolitischen Alltags zurück. Parteien haben aber
158 auch die Aufgabe neue politische Gestaltungsmöglichkeiten auszutesten und für
159 diese einzustehen, statt sich durch Zurückhaltung und den Verzicht auf
160 Festlegungen und klare Positionen unangreifbar zu machen. Gerade die Grüne
161 Partei ist zu ihrer Gründung als Tor für neue Ideen gerade auch von
162 außerparlamentarischen Bewegungen in das Parlament und mit dem Anspruch auf
163 Veränderung des politischen Systems angetreten. Diese Funktion ist nicht nur
164 dringend notwendig, sondern wird immer noch von den Grünen erwartet. Denn
165 politische Gestaltung gelingt nur mit einem visionären Horizont vor Augen. Wir
166 setzen uns für eine Politik ein, bei der nicht kurzfristiger Machterhalt,
167 sondern eine gute Zukunft für alle das Ziel ist. Deswegen kämpfen wir als GRÜNE
168 JUGEND an der Seite der sozialen Bewegungen für eine bessere Zukunft und setzen
169 uns dafür ein, dass auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN, soziale Bewegungen und Parlament
170 zusammen denken.

171 Eine emanzipierte Gesellschaft muss immer auch in Verbindung mit einer
172 grundlegenden Kritik an den ökonomischen Verhältnissen verbunden werden. Solange
173 wir nur einen Aufstieg der „Talentierten“ aus den Reihen von Minderheiten als
174 Sieg der Emanzipation feiern, feiern wir doch vor allem den Sieg von
175 Leistungsprinzip und Wettbewerb. Wir müssen soziale und kulturelle Kämpfe
176 zusammendenken. Nur so gelingt es uns, schlagkräftig gegen den Rechtsruck zu
177 sein. Wir dürfen linke Politik weder allein als Identitäts- und
178 Befindlichkeitspolitik verstehen, noch als politisch konsequenzlose
179 Theoriearbeit und Ideologiekritik, die nicht über die Feststellung einer
180 Konstruktion hinausgeht. Ein ökologisch nachhaltiger Lifestyle oder ein
181 Lesekreis sind noch keine Politik. Natürlich sind aber kritische Bildungsarbeit,
182 die Beschäftigung mit politischer Theorie und die Reflexion eigener
183 Handlungsspielräume wichtige Mittel für gemeinsames politisches Handeln. Als
184 links gelabelte Praxis, die nicht über individualisierte
185 Selbstverwirklichungsansätze und Selbstoptimierung hinausgeht, kann den Rechten
186 aber nichts entgegensetzen. Im Gegenteil birgt diese Individualisierung die
187 Gefahr der Entpolitisierung in sich. Denn sie verhindert eine wirksame
188 Gegenmobilisierung zum derzeitigen Rechtsruck. Doch genau so eine
189 Gegenmobilisierung müssen wir auf die Beine stellen, wenn wir bestehende
190 Ungerechtigkeiten abschaffen und die rechte Gefahr abwenden wollen. Dafür müssen
191 wir Menschen ansprechen, begeistern, überzeugen, organisieren und auf die Straße
192 bringen.

193 **3. Die GRÜNE JUGEND im Bundestagswahlkampf 2017**

194 Das ist unser Ziel als GRÜNE JUGEND für das nächste Jahr, das wir mit unserer
195 Kampagne zur Bundestagswahl erreichen wollen. Diese Kampagne bedeutet dabei mehr
196 als punktueller Wahlkampf, sie gibt uns die Möglichkeit, linke Visionen in die
197 Gesellschaft zu tragen. Und genau das zu tun ist enorm wichtig, wenn wir die
198 Demokratie retten wollen, die aus verschiedenen Richtungen bedroht ist. Diese

199 Gefahr müssen wir ernst nehmen. Als antifaschistische Jugendorganisation werden
200 wir die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts nicht
201 mitmachen oder hinnehmen. Gerade in Wahlkampfzeiten, in denen politische
202 Akteur*innen gesteigerte Aufmerksamkeit bekommen, ist es wichtig, dass es eine
203 klare, linke Stimme gegen Hetze und Hass der AfD gibt. Wir müssen gerade jetzt
204 entschlossen für universelle Menschenrechte, für demokratische Prinzipien und
205 für die Überzeugung eintreten, dass eine bessere Zukunft für alle Menschen
206 möglich ist. Wir kämpfen für eine europäische und demokratische Zukunft,
207 gegen Nationalismus, Abschottung und autoritären Umbau! Doch wir wollen nicht
208 nur gegen den Rechtsruck kämpfen, sondern die Verhältnisse verändern, die ihn
209 hervorgebracht haben und begünstigen. Dafür müssen wir viele Menschen von
210 unseren Visionen überzeugen um sie für eine ökologische Wende, gerechte
211 Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu gewinnen. Die
212 Möglichkeit, endlich eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDU und vor
213 allem auch der reaktionären und rassistischen CSU zu bilden, ist greifbar. Es
214 gibt den gesellschaftlichen Wunsch nach einem Regierungswechsel und nach
215 politischem Wandel. Auf dieser Stimmung wollen wir aufbauen, um für
216 tatsächliche Veränderung zu werben. Eine andere Zukunft ist möglich, wir
217 haben es in der Hand, dass sie auch Realität wird!

218 3. 1. Welt ändern, aber wie?

219 Die Bundestagswahlkampagne wollen wir nutzen, um für Klimagerechtigkeit und
220 gegen das Wirtschaften auf Kosten von Mensch und Umwelt zu mobilisieren. Schon
221 jetzt sind die Folgen der Klimakatastrophe für viele Menschen tagtäglich
222 spürbar- und wir sind die letzte Generation, die verhindern kann, dass es noch
223 viel schlimmer wird.

224 Unser Wirtschaften, unsere Energie und unsere Lebensweise darf nicht auf Kosten
225 anderer Menschen in anderen Regionen dieser Welt oder künftiger Generationen
226 geschehen. Wir lassen uns unsere Zukunft nicht von denen wegnehmen, die diesen
227 Planeten rücksichtslos zerstören. Diese Erde als unsere Lebensgrundlage zu
228 erhalten ist möglich, doch dafür müssen wir viele sein und gemeinsam mit
229 Menschen aus der ganzen Welt zusammen streiten – in den Parlamenten, auf der
230 Straße und in der Kohlegrube. Wir wollen die Probleme lösen, anstatt sie zu
231 verdrängen, wir wollen für ein besseres Klima kämpfen, anstatt den Kopf in den
232 Sand zu stecken. Wir kämpfen auf allen Ebenen für eine lebenswerte Zukunft, denn
233 die Welt rettet sich nicht von alleine.

234 Wir fordern:

- 235 • Den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas.
- 236 • Strom und Wärme mit 100% Erneuerbaren Energien und ein Ende des
237 Verbrennungsmotors.
- 238 • Den sofortigen Förderungsstopp von Braunkohle.

239 Wir kämpfen dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem sozialen Status oder
240 seines Geldbeutels, an der Gesellschaft teilhaben kann. Doch durch die
241 zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums und die Sparpolitik der Großen

242 Koalition werden immer mehr Menschen, und gerade junge Menschen, vom
243 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. 23,7 Milliarden Euro Überschuss haben
244 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im Jahr 2016 erzielt. Die Große
245 Koalition und allen voran Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verschlafen die
246 dringend nötigen Investitionen in unsere Zukunft! Dabei ist so klar, wo das Geld
247 gebraucht wird: Öffentliche Schwimmbäder oder Bibliotheken müssen schließen oder
248 erheben hohe Eintrittspreise. Einkaufszentren und Parkhäuser werden gebaut und
249 ersetzen Parks und Jugendzentren. Bolzplätze und Skateparks brauchen neue Tore
250 bzw. Rampen. Schulen und Universitäten sind total marode und der oftmals
251 privatisierte öffentliche Nahverkehr ist teuer und nicht ansatzweise ausreichend
252 ausgebaut. Jedes Jahr verschleißt mehr öffentliche Infrastruktur als neue
253 entsteht. Hinzu kommen massive Kürzungen im Bildungsbereich und ein eklatanter
254 Lehrer*innenmangel, die es im Zusammenspiel mit Leistungsdruck,
255 Verwertbarkeitslogik und autoritärer Organisierung des Schulsystems zunehmend
256 schwieriger machen, dass junge Menschen im Rahmen ihrer Schulbildung ein
257 kritisches Bewusstsein entwickeln, das in Anbetracht des gesellschaftlichen
258 Rechtsruckes so wichtig wäre. Schäubles "schwarze Null" ist damit aus Sicht der
259 Generationengerechtigkeit in hohem Maße unfair. Deshalb streiten wir für ein
260 Ende der Kaputtsparpolitik. Wir fordern Investitionen in eine kostenfreie und
261 gut ausgebaute soziale Infrastruktur, in öffentliche Freiräume und in ein
262 kostenloses und gerechtes Bildungssystem. Mobilität bedeutet Teilhabe. Deshalb
263 sollte Mobilität nicht vom Geldbeutel abhängig sein: Der Öffentliche Personen-
264 Nahverkehr (ÖPNV) muss solidarisch finanziert werden, Fahrten müssen ohne
265 Tickets möglich sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel
266 Geld jemand hat oder wo ein Mensch herkommt, und in der alle Menschen sich nach
267 ihren Wünschen frei verwirklichen können, solange sie nicht die Freiheit anderer
268 einschränken. Kämpfe mit uns gemeinsam für eine Welt, in der du deinen Platz
269 hast!

270 Wir fordern:

- 271 • Mehr Freiräume in Stadt und Land: Schöne Parks, gut ausgestattete
272 Jugendzentren und Sportplätze müssen finanziert werden und für alle zur
273 Verfügung stehen.
- 274 • Kostenlose Bildung und ganztägige Betreuung in bester Qualität von der
275 Krippe und Kita über die Schule und die Uni bis zur Berufsschule -
276 Mensaeissen inklusive.
- 277 • Einen hochwertigen und gut ausgebauten, ticketlosen ÖPNV im ganzen Land,
278 der umlagefinanziert wird. Damit Mobilität für alle möglich ist.

279 Das letzte Jahr war von enormen Angriffen auf die Errungenschaften, die mutige
280 Aktivist*innen vor uns erreicht haben, gekennzeichnet. Rechte Parteien
281 verbreiten immer stärker ihre antifeministische, LGBTIQ-feindliche und
282 rassistische Hetze. Doch auch in der Gesamtgesellschaft läuft vieles schief:
283 Frauen dürfen nicht selbst über ihren Körper entscheiden und leisten nach wie
284 vor einen großen Teil der unbezahlten und gering geschätzten Care-Arbeit,
285 Schwule und Lesben werden als Bedrohung für Familie diffamiert, Menschen die
286 nicht in die binären Geschlechterkategorien Mann, Frau passen werden in diese
287 Geschlechterkategorien gezwungen und Menschen, die Esra und nicht Lisa heißen
288 werden gefragt "wo sie wirklich herkommen" und gesellschaftlich schikaniert. Das
289 akzeptieren wir nicht. Wir alle sollen selbstbestimmt und in Freiheit leben

290 können! Das bedeutet für uns, dass wir selbst entscheiden können, wie wir uns
291 kleiden, wen wir lieben, ob und mit wem wir Sex haben und wie wir leben. Und wir
292 alle müssen ohne Diskriminierung leben können, egal wo wir herkommen, wie wir
293 aussehen oder welche Hautfarbe wir haben. Wir stehen solidarisch zueinander und
294 kämpfen gemeinsam gegen diejenigen, die uns den Respekt verweigern und unsere
295 Rechte in Frage stellen.

296 Wir fordern:

297 • Familienvertrag statt Ehe! Wir wollen, dass Menschen, die füreinander da
298 sein und sorgen wollen dies auch rechtlich abgesichert tun können - egal
299 welchen Geschlechts und egal ob zu zweit, zu dritt oder whatever

300 • Eine Reform des Transsexuellengesetzes, damit alle Menschen frei und
301 unkompliziert darüber entscheiden können, unter was für einem oder keinem
302 Geschlecht sie registriert werden wollen und die Vielfalt der Geschlechter
303 auch rechtlich anerkannt wird

304 • Eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln von Krankenkassen für alle
305 Menschen

306 • Eine Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die
307 Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtberatung.

308 **3. 2. Wurzeln schlagen & wachsen**

309 Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir viele Menschen erreichen und dürfen
310 nicht nur in unserer Blase wahrgenommen werden. Dafür müssen wir raus auf die
311 Straße, raus aus unserer Filterblase im Netz, die politische Auseinandersetzung
312 und das Gespräch mit verschiedenen Menschen suchen. Wir müssen klare Kante
313 zeigen, aber Menschen auch von positiven Veränderungsmöglichkeiten begeistern.
314 Wir müssen einen eigenständigen Wahlkampf machen und unsere eigenen Ideen und
315 Konzepte in den Fokus rücken. Wir wollen junge Menschen jedoch nicht nur dazu
316 animieren, einmalig ihre Stimme abzugeben, sondern wir wollen sie politisieren
317 und sie auch dazu motivieren, langfristig politisch aktiv zu sein, sich
318 einzubringen und mit uns für eine Veränderung zu kämpfen. Wir wollen als Verband
319 wachsen und möglichst viele junge Menschen aktivieren und mobilisieren. Deshalb
320 setzen wir ganz besonders auf die Arbeit in den Ortsgruppen. Die lokale Ebene
321 ist der Ort, wo wir kontinuierlich arbeiten und Menschen direkt ansprechen
322 können. Nur wenn wir starke Ortsgruppen haben, können wir als Verband wachsen
323 und uns weiter entwickeln, denn vor Ort motivieren und erreichen wir die Leute.
324 Gleichzeitig müssen diese schlagkräftigen Ortsgruppen sich austauschen,
325 vernetzen und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten. Wir haben eine klare
326 gemeinsame Botschaft - und die wollen wir lokal umsetzen und nach außen
327 transportieren. Im Wahlkampf heißt es auch raus aus der Komfortzone - wir wollen
328 nicht nur in großen Universitätsstädten, sondern auch im ländlichen Raum jungen
329 Menschen die Möglichkeit geben, politisch mitzumischen und junggrüne Inhalte
330 verbreiten. Dieser Wahlkampf gibt uns die Chance, Wurzeln zu schlagen und zu
331 wachsen - lasst sie uns gemeinsam nutzen!

332 **3.3. Unsere Erwartungen an die Wahl**

333 Bei der Bundestagswahl geht es um mehr als nur ein gutes Grünes Ergebnis, unser
334 Kampf endet nicht mit der Wahl am 24. September, sondern geht darüber hinaus.
335 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Grünen sich in möglichen
336 Koalitionsverhandlungen nicht auf faule Kompromisse einlassen, sondern für
337 progressive, linke und emanzipatorische Inhalte einstehen. Für uns ist dabei
338 klar: Regieren ist kein Selbstzweck, sondern nur sinnvoll, wenn dadurch grüne
339 progressive Inhalte umgesetzt werden können. Dabei muss sich die Grüne Partei im
340 Vorfeld klare rote Linien geben, hinter die nicht zurück gefallen werden darf.
341 Die Grünen dürfen bei einer möglichen Koalitionsbildung nicht beliebig sein,
342 sondern müssen klar machen, dass eine grüne Regierungsbeteiligung nur dann
343 möglich ist, wenn bestimmte inhaltliche Mindestanforderungen erfüllt sind. Eine
344 Koalition, die Grüne Inhalte nicht aufgreift und die Grundsätze unserer Partei
345 verrät, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

346 Auch wir als GRÜNE JUGEND werden uns im kommenden Programmprozess und in den
347 möglichen Koalitionsverhandlungen für progressive Inhalte einsetzen. Dabei
348 werden wir uns insbesondere für folgende Ziele einsetzen und sie als unsere
349 Erwartungen an eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung vorbringen:

350 Wir erwarten eine Abkehr von der menschenverachtenden Asylpolitik der Großen
351 Koalition. Dazu gehört die Rücknahme des EU-Türkeideals und der
352 Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre. Das bedeutet auch, dass ein
353 Kurswechsel in diesem Bereich deutlich erkennbar ist, zum Beispiel durch den
354 Einsatz für humanitäre Visa und legale Fluchtwege.

355 Außerdem fordern wir von einer möglichen Koalition die Umsetzung der Ziele aus
356 unseren feministischen und queeren Kämpfen, also die längst überfällige
357 Abschaffung des Ehegatt*innensplittings, eine Reform des Transsexuellengesetzes,
358 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln, echte Lohngleichheit und die Ehe für
359 alle Paare, unabhängig des Geschlechtes der Partner*innen.

360 Die kommende Bundesregierung muss Europa zusammenhalten und die Europäische
361 Union umgestalten: Hier ist Handlungsfähigkeit gefragt. Europa muss
362 demokratischer werden und enger zusammenrücken. Dazu muss auch eine
363 Bundesregierung sich selbst zurücknehmen und die europäische Ebene gegenüber
364 der nationalen Ebene stärken.

365 Wir machen uns stark für tatsächliche Teilhabe und Gerechtigkeit in ganz Europa,
366 also für massive Investitionen und damit einem Ende der Austeritätspolitik. Wir
367 brauchen mehr Ausgleich und mehr Solidarität in Europa. Dazu gehören ein
368 gemeinsames Budget für die Eurozone, strengere Regeln im Finanzmarktsektor,
369 europäische Finanztitel zur Schuldenaufnahme als auch eine europäische
370 Arbeitslosenversicherung. Wir fordern die Einführung der
371 Mindestausbildungsvergütung, die Abschaffung der ALG-2-Sanktionen und den
372 entschlossenen Kampf gegen den Niedriglohnsektor. Dringend notwendig ist der
373 Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit, wie zum Beispiel durch eine progressive
374 Vermögenssteuer und eine Stärkung der gesetzlichen Rente, die für alle
375 existenzsichernd sein muss und eine gerechtere Verteilung auch im Alter im Blick
376 hat. Dazu kommt der Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, sowie die
377 Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Um Teilhabe zu fördern und
378 nachhaltige Mobilität auszubauen muss das Projekt des ticketlosen ÖPNV
379 angestoßen werden, der allen Menschen Mobilität ermöglicht. Außerdem setzen wir
380 uns für eine gesetzliche Grundlage ein, um mit Maßnahmen wie einer Citymaut und

381 einer Staugebühr Autoverkehr zu reduzieren und die Luft in den Städten zu
382 verbessern.

383 Von einer grünen Regierung erwarten wir echten Klima- , Umwelt- und
384 Naturschutz. Dazu gehört die Abschaffung der Massentierhaltung und ein Ende der
385 Verwertbarkeit unserer Lebensgrundlagen. Handelsabkommen à la TTIP und CETA
386 dürfen nicht mit grünen Stimmen und vorbei an einer demokratischen
387 Öffentlichkeit durchgeboxt werden. Wir wollen stattdessen eine faire und
388 multilaterale Handelspolitik mit hohen sozialen und ökologischen Standards
389 jenseits von nationalen Grenzen.

390 Gleichzeitig wollen wir, dass eine mögliche Koalition sich für Freiheit stark
391 macht, also klaren Einsatz für Freiheits- und Bürger*innenrechte zeigt und sich
392 entschlossen der Massenüberwachung und dem Generalverdacht in den Weg stellt,
393 sich gegen Aufrüstung und staatliche Repression stark macht und mindestens
394 Cannabis endlich legalisiert.

395 **3.4. Wie geht es weiter?**

396 Das Ende des Wahlkampfes bedeutet nicht das Ende unserer Verbandsentwicklung.
397 Ganz im Gegenteil gilt es gerade dann, die Grundlagen, die im Wahlkampf
398 geschaffen wurden zu nutzen und umzusetzen. Die Menschen, die im Wahlkampf neu
399 dazu gekommen sind, müssen wir willkommen heißen und einbinden. Die
400 verschiedenen Ebenen des Verbandes, insbesondere die neuen aktiven Ortsgruppen
401 müssen wir vernetzen und viele neue Menschen mit unserer Bildungsarbeit
402 erreichen. Theoriearbeit müssen wir als ein Mittel für die Verwirklichung einer
403 freien und solidarischen Gesellschaft begreifen, denn kritische Bildungsarbeit
404 ist eine Triebkraft für positiven Wandel.

405 Allen Mitgliedern soll diese Theoriearbeit zugänglich sein, denn sie bietet
406 gerade neuen Menschen die Möglichkeit, ihre individuellen Erfahrungen von
407 Ungerechtigkeit in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen und daraus eine
408 politische Kritik und den Wunsch nach Veränderung abzuleiten. Diese kritische
409 Bildungsarbeit wollen wir mit einer politischen Praxis verbinden, die
410 Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht, Menschen ihre eigenen Möglichkeiten
411 und Grenzen kennen lernen lässt, sie an demokratische Prozesse heranzuführt und
412 Solidarität erlebbar macht. Dafür wollen wir uns mit den politischen Kämpfen vor
413 uns auseinandersetzen, mit ihren Erfolgen und ihren Fehlern, und so auf sie
414 aufbauen. Wir müssen uns mit den Grundlagen dieser Gesellschaft beschäftigen und
415 uns über langfristige Ziele und Strategien für die GRÜNE JUGEND, als linke
416 Jugendorganisation, Gedanken machen. Unser Ziel muss es sein, nicht nur in der
417 Mitgliederzahl zu wachsen, sondern diesen Mitgliedern auch neue politische
418 Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das können wir nicht
419 alleine schaffen, dafür brauchen wir dich! Im nächsten Jahr kommt es auf jede
420 und jeden von uns an. Wenn es jede*r schafft, mindestens drei Freund*innen zum
421 Mitmachen zu bewegen, dann haben wir viel geschafft. Nur wenn wir viele sind,
422 nur wenn wir aktiv sind, nur wenn wir rausgehen und laut sind, können wir mit
423 unseren politischen Zielen Menschen erreichen.

424 [#weltaendern](#)

425 Nur gemeinsam können wir den Rechtsruck stoppen, den Status Quo der Großen

426 Koalition beenden und linke Visionen umsetzen. Die Zukunft liegt in unserer Hand
427 - ändern wir die Welt, bevor es andere tun!

Begründung

Wir stehen vor einer enorm wichtigen Wahl. Bei der Bundestagswahl 2017 wird im größten Land Europas gewählt und in Zeiten von Brexit und Trump und der Gefahr des autoritären Umbaus der Demokratie kommt es auf uns an, dass wir Widerstand leisten. Wir wollen aber nicht nur gegen den Rollback, sondern auch gegen den Stillstand der Großen Koalition auf die Straße gehen. Denn vieles läuft schief und wir wollen die Welt ändern, bevor es andere tun. Mit unserem Leitantrag wollen wir unsere Position festlegen sowie unsere Rolle in diesem Wahljahr und darüber hinaus bestimmen.